

Skandal vor Gedenkstätte: NVA-Mann droht mit Rückkehr der Diktatur!

Vorfall in der Gedenkstätte Hohenschönhausen: Mann in NVA-Uniform droht mit Wiedereröffnung des Stasi-Knastes. Anzeige erstattet.



Genslerstraße 66, 13055 Berlin, Deutschland - Am Sonntag, den 3. Juni 2025, ereignete sich ein Vorfall an der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der bei den Verantwortlichen große Besorgnis auslöste. Ein Mann, der in einer Uniform der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR gekleidet war, fuhr mit einem offenen Trabant auf das Gelände des ehemaligen Stasi-Gefängnisses in der Genslerstraße 66 vor. Der Fahrer, der dabei DDR-Insignien präsentierte, drohte, dass der Betrieb an diesem Ort bald wieder aufgenommen werden würde. Dieser Vorfall wurde von der Gedenkstätten-Direktion als inakzeptabel bezeichnet.

Gedenkstätten-Direktor Helge Heidemeyer äußerte sich zu der

Situation und kritisierte die „Glorifizierung der SED-Diktatur“ an einem Ort, der den Opfern der politischen Verfolgung gewidmet ist. Mitarbeiter der Gedenkstätte wiesen den Fahrer darauf hin, dass das Tragen von DDR-Symbolen auf dem Gelände untersagt sei. Der Mann verließ das Gelände erst, nachdem die Polizei verständigt wurde. Die genauen Beweggründe für sein Handeln sind bislang unklar.

Die Gedenkstätte und ihre Bedeutung

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen besteht seit 2000 und hat sich der Aufarbeitung der Geschichte des ehemaligen Gefängnisses sowie der politischen Justiz der DDR verschrieben. Dieser Ort diente früher der Inhaftierung von Regimekritikern, darunter prominente Persönlichkeiten wie Rudolf Bahro, Jürgen Fuchs und Bärbel Bohley. Historisch ist der Standort von großer Bedeutung, da er aus dem Sowjet-Speziallager Nr. 3 hervorging, in dem auch der Schriftsteller Heinrich George einsaß.

Der Vorfall mit dem uniformierten Mann wirft ein Licht auf die Herausforderungen und Kontroversen, mit denen Gedenkstätten in Deutschland konfrontiert sind. Die Verantwortung für die Erinnerungsarbeit an die beiden deutschen Diktaturen und ihrer Opfer ist seit 1998 eine zentrale politische Aufgabe. Die zweite Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellte damals fest, dass Gedenkstätten von großer Relevanz für die demokratische Erinnerungskultur sind. Empfehlungen zur Förderung dieser Orte wurden abgeleitet, um sicherzustellen, dass sie exemplarisch für die verschiedenen Formen der Verfolgung stehen.

Förderung der Gedenkstätten

Die Bundesregierung fördert seit 1999 Gedenkstätten, die sich mit den Opfern von Krieg, NS-Gewaltherrschaft und kommunistischer Diktatur beschäftigen. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren verschiedene Programme zur Unterstützung von Gedenkstätten ins Leben gerufen. Im Jahr

2007 beschloss der Bundestag den Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin, das an die friedliche Revolution von 1989 erinnern soll. Die Gedenkstättenkonzeption von 1999 wurde 2008 fortgeschrieben, wobei die Stärkung und tiefere Verankerung der Erinnerungskultur in der Gesellschaft im Fokus steht.

Diese Entwicklungen unterstreichen die Wichtigkeit von Gedenkstätten als Orte des Lernens und der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Vorfälle wie der jüngste vor der Gedenkstätte Hohenschönhausen zeigen jedoch, dass es immer noch notwendig ist, wachsam zu sein und den Dialog über die Vergangenheit aktiv zu fördern.

Für weitere Informationen, siehe **rbb24**, **Berliner Kurier** und **Wikipedia**.

Details	
Vorfall	Vandalismus
Ursache	Inakzeptable Glorifizierung der SED-Diktatur
Ort	Genslerstraße 66, 13055 Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.rbb24.de• www.berliner-kurier.de• de.m.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net